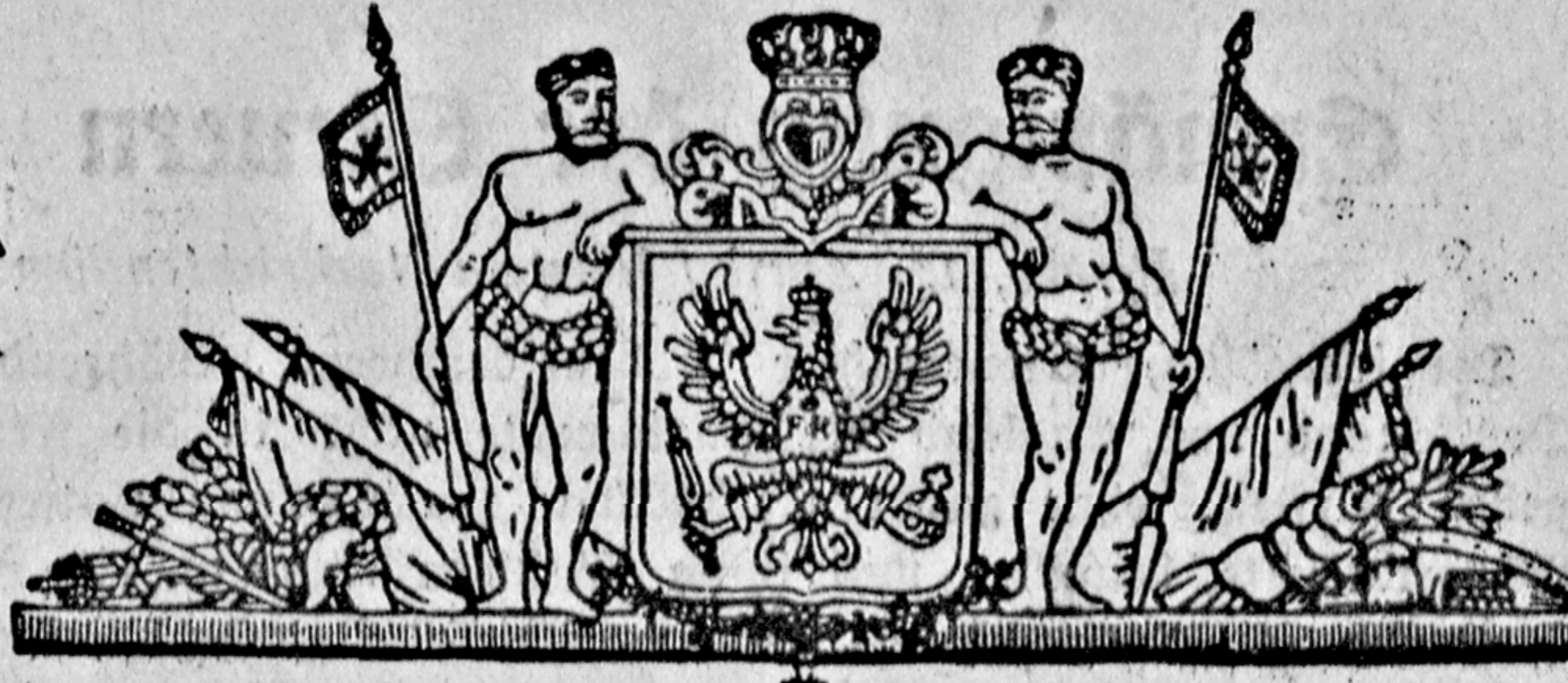


# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): I. V. Dr. Svon v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Rheinfahrt Hindenburgs

### Nach der Räumung im Juli

Die vom Reichspräsidenten nach der Räumung beabsichtigte Reise in die zweite und dritte Zone des besetzten Gebiets ist für die Woche vom 20. bis 27. Juli vorgesehen. Als Hauptorte für den Besuch sind der

Reihenfolge nach Speyer, Mainz, Koblenz, Trier und Aachen in Aussicht genommen.

Reichspräsident von Hindenburg hat Berlin verlassen, um über die Osterfeiertage einen etwa achtägigen Erholungsaufenthalt auf dem Gut Groß-Schwülper zu verbringen.

## Kampf um den Sudan

### Unterbrechung der englisch-ägyptischen Verhandlungen

London, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

In englischen Regierungskreisen hatte man gehofft, den englisch-ägyptischen Vertrag noch vor Ostern unter Dach und Fach bringen zu können, und Außenminister Henderson hatte mit den ägyptischen Unterhändlern täglich lange, oft bis in die späten Nachstunden andauernde Sitzungen gehabt. Das Unterhaus, das heute, vor den Osterferien eine ausführliche Erklärung Hendersons über das englisch-ägyptische Vertragswerk erwartet hatte, wurde jedoch enttäuscht. Henderson gab nur eine kurze Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die Regierung gehofft hatte, die englisch-ägyptischen Verhandlungen noch vor Ostern durch einen Vertrag zum Abschluß zu bringen. „Gewisse Punkte bereiten jedoch noch Schwierigkeiten, und es ist daher beschlossen worden,

die englisch-ägyptischen Verhandlungen während der Parlamentsferien zu vertagen“, erklärte Henderson.

In Kreisen der ägyptischen Delegation verlautet, daß, nachdem man bereits über verschiedene Punkte zu einem Abkommen gelangt war, in der heute morgen mit Außenminister Henderson und dem englischen Kriegsminister stattgefundenen Besprechungen sich herausgestellt hat, daß die ägyptischen Vorschläge über den Sudan von der englischen Regierung nicht angenommen werden können. Man sei daher übereingekommen, die Verhandlungen vorläufig zu vertagen, um Mahas Pasha Gelegenheit zu geben, mit seinen Ministerkollegen in Ägypten Fühlung zu nehmen. Außenminister Henderson wird gleichfalls in der Zwischenzeit nochmals das englische Kabinett konsultieren. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nur um vorübergehende Schwierigkeiten handle und daß die Vertagung nicht den Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen bedeutet.

## Bleibt es beim Zollkrieg?

### Verstimmung in Warschau

Warschau, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Die polnische Landwirtschaft, die bisher die eifrigste Fürsprecherin des Handelsvertrages war, hat unter dem Eindruck der Maßnahmen der Regierung Brüning das Steuer umgelegt. Sie erklärt in einer Denkschrift, die gestern dem polnischen Ackerbauminister überreicht worden ist, daß das Handelsabkommen angesichts des prohibitiven Charakters der deutschen Agrarzölle für die polnische Landwirtschaft „vollkommen wertlos“ geworden sei. Die Regierung wird aufgefordert, entsprechende Schritte zu unternehmen, um einer für Polen ungünstigen Gestaltung des deutsch-polnischen Warenverkehrs vorzubeugen.

Die polnische Regierung scheint sich über die Art der gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen noch nicht klar zu sein.

Man denkt wieder an die Heraussetzung der Zölle für Industrieerzeugnisse und versichert gleichzeitig, daß die Ratifizierung des Handelsvertrages nun keine Eile mehr habe.

Die Bereitwilligkeit zur Verschleppung der Ratifizierung war übrigens schon früher vorhanden, da ja die Regierung Slawet allen Grund hat, eine Tagung des Sejms zu scheuen, besonders jetzt, wo die Opposition durch den Zusammenschluß der Bauernparteien noch beträchtlich an Stöckkraft gewonnen hat.

Uebrigens hat die Weigerung des Außenministers Curtius, das Protektorat über die geplante und nun abgesagte polnische Kunstausstellung in Berlin zu übernehmen, noch das übrige dazu beigetragen, um die Atmosphäre weiter zu verschlechtern. Man wertet dieses Verhalten des Reichsaußenministers symptomatisch und zweifelt daran, ob in der Wilhelmstraße die Stresemannsche Außenpolitik fortgesetzt werde.

## Religionskriege am Horizont?

### Indische Schicksalsfragen

Von

Colin Ross,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Benares, im April

Sieht man von rein materiellen Gründen ab, die natürlich immer mit einer Rolle spielen, dem Kampf um Frau, Vieh, Land und Gut, so waren es im Verlauf der abend- wie der morgenländischen Geschichte seit Christi Geburt drei geistige Momente, die Völker und Rassen gegeneinander trieben: Religion, Nation und Klasse.

Diese drei Ideen folgten im allgemeinen einander in der angeführten Reihenfolge, als die Ursachen der großen Kriege und Umwälzungen auf der Erde. Natürlich waren und sind sie nicht präzise voneinander getrennt. In die Religionskriege der Kreuzzüge spielten bereits nationale, zum mindesten rassenmäßige Motive hinein. In den religiösen Kämpfen, die der Reformation folgten, zeigt sich neben den nationalen Motiven bereits das soziale, das im Bauernkrieg im Hussitenkrieg fast gleich stark oder sogar stärker neben das religiöse tritt. Aber im allgemeinen folgen doch die drei Motive aufeinander. Heute stehen wir am Ausgang der nationalen Kriegsgrund-Epoche und am Beginn der sozialen. In jedem Falle ist das religiöse Motiv heute ausgeschaltet, und keiner von uns kann sich vorstellen, daß die Menschheit noch einmal wegen einer abweichenden Abendmahlsformel oder selbst eines anderen Gottesbegriffes wegen sich jahre- und jahrzehntelang blutig bekriegt.

Das dem so ist, ist Beweis dafür, daß wir in einer durch und durch unreligiösen Zeit leben; denn die Unmöglichkeit von Religionskriegen entspringt ja nicht einer größeren religiösen Toleranz, sondern der gewachsenen religiösen Gleichgültigkeit.

Diese zunehmende Gleichgültigkeit beschränkt sich keineswegs auf Europa, man kann sie auch in Amerika und Afrika wie auch in Asien konstatieren, soweit es mohammedanisch oder buddhistisch ist. Aber ein Land gibt es noch, in dem die Religion eine Rolle spielt, wie bei uns nur im jeholastischen Mittelalter — das ist im hinduistischen Indien. Selbst ein kirchlicher Mensch — wie sie im Abendland selten geworden sind — der jeden Sonntag in die Kirche geht oder gar allmorgendlich die Messe hört, wird in Indien mit Verblüffung sehen, daß es noch ganz andere Grade von Religiosität, zum mindesten von Kirchlichkeit gibt als bei uns. Denn für den gläubigen Hindu besteht das ganze Leben aus Religion. Es ist mit ihr durchsetzt. Nicht nur Geburt, Hochzeit und Tod sind Anlaß für sakramentale Handlungen, sondern alle Verrichtungen des täglichen Lebens.

Diese tiefe Religiosität und Kirchlichkeit beschränkt sich nun keineswegs auf einen Teil des Volkes, sondern beherrscht heute noch die Hindus in ihrer Gesamtheit, zum großen Teile selbst die europäisch gebildeten. Wie unerbötlich muß die religiöse Verankerung in einem Menschen sein, der trotz westeuropäischer Erziehung, trotz genauer Kenntnis europäischer Hygiene, hier in Benares die rituellen Waschungen im heiligen Fluß vollzieht in einer Menge von Tausenden oder Zehntausenden, unter denen sich die schlimmsten und ekelhaftesten Kranken befinden, in einem schmutzigen Fluß badet, in den gleichzeitig dauernd Tag und Nacht halbverweste Leichen geworfen werden, ja, der nicht nur in diese ekelhafte, krankheitsgeschwängerte Brühe untertaucht, sondern sie andächtig trinkt.

Man muß nach Benares kommen, um einen Begriff dafür zu kriegen, was Religiosität und kirchliche Gebundenheit bedeuten.

Das Unglück für Indien will es nun, daß diese tief religiösen Hindus in einem Lande gemeinsam mit einer anderen Religionsgemeinschaft leben müssen, die der ihrigen entgegengekehrt ist wie Feuer und Wasser — mit dem Islam.

Ich erwähnte, daß sich die religiöse Gleichgültigkeit unserer Zeit auch in islamischen Ländern zeigt. In Indien jedoch weniger als in Persien, Afghanistan, Marokko oder anderen rein islamischen Ländern, und zwar weil die Mohammedaner in Indien in der Diaspora leben. Von den 320 Millionen Indern sind bekanntlich nur ein Fünftel Muselmänner. An dem Glaubenseifer und dem religiösen Fanatismus der Hindus entzündet sich nun auch der an sich

## Hochspannung in Indien

London, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

In Karachi, wo es gestern zu Unruhen kam, ist die Lage auch heute noch außerordentlich gespannt. Vor dem Gefängnis, in dem die sechs verhafteten Mitglieder des indischen Nationalkongresses untergebracht sind, wartet eine äußerst erregte Menge auf das Urteil über die sechs Führer, und man befürchtet nach der Aburteilung weitere Unruhen.

Gandhi hat in einer Erklärung den Ausbruch der Unruhen in Kalkutta, Karachi und Bombay bedauert. Er erklärt jedoch, daß die Regierung die Unruhen provoziert habe, da sie den Frieden nicht wünsche. Er trete nur für den passiven Widerstand ein und lehne jede Gewalt ab. Bei der Einleitung seiner Kampagne habe er bereits darauf hingewiesen, daß mit der Möglichkeit von Gewalttaten seitens des Volkes gerechnet werden müsse. Es tue ihm weh, daß es zu diesen Gewalttaten gekommen sei, denn diese

könnten der Sache, die ihm so teuer sei, nur schaden. Die Kampagne des passiven Widerstandes müsse jedoch unbedingt weitergehen.

## Die Wahlreform in Oesterreich

Wien, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

In der bevorstehenden Sommertagung des Nationalrates soll die Wahlreform endlich durchgeführt werden. Die Regierung hat nach mehreren Entwürfen, die nicht die Genehmigung der parlamentarischen Mehrheitsfraktionen fanden, eine neue Vorlage fertiggestellt, die sie als Beratungsgrundlage im Nationalrat einbringen will.

Danach soll die Zahl der Mandate von 165 auf 136 vermindert werden. Es ist die Schaffung kleinerer Wahlkreise, etwa 34, geplant. Das Listenwahlrecht bleibt unverändert; nur sollen in Zukunft die Reststimmen nicht mehr nach Wahlkreisverbänden aufgeteilt, sondern im ganzen Bundesgebiet ermittelt werden. Jede Partei, die mindestens drei v. S. der abgegebenen Stimmen erreicht, kann eine Vertretung in das Parlament entsenden.

schwächere der Mohammedaner, um so mehr, da die religiösen Reibungsflächen durch politische und ökonomische Differenzen verstärkt werden.

Jeder indische Nationalist wird einem nun allerdings immer wieder versichern, daß alle religiöse Streitigkeiten auf Machenschaften der Engländer zurückzuführen seien. Und er führt dafür zwei scheinbar unwiderlegliche Gründe an. Einmal, daß in den „Eingeborenen-Staaten“, den indischen Fürstentümern, die religiösen Streitigkeiten viel seltener seien als im rein britischen Indien, und dann ihre Zunahme in den letzten zehn Jahren. Im ersten Fall muß man jedoch bedenken, daß in den Fürstentümern bis zu einem gewissen Grade noch der Satz gilt: *cujus regio, ejus religio*, d. h. die religiöse Minderheit fügt sich in ganz anderer Weise als in dem weniger autokratisch regierten Indien dem Machtgebot der Landesherren. Die Zunahme der religiösen Streitigkeiten im letzten Jahrzehnt aber kann man ebenso gut zu Ungunsten der Nationalisten und eines freien Indiens auslegen wie zu Ungunsten der englischen Herrschaft. Denn in diesem letzten Jahrzehnt ist die Autorität und die autokratische Stellung der Engländer immer stärker gegenüber dem innerindischen Parteienstreit zurückgetreten.

Daß England den Gegensatz zwischen Hindus und Moslems heilt, und seine Herrschaft zu einem erheblichen Teil auf ihn stützt, ist selbstverständlich, beinahe möchte man sagen, ist seine Pflicht. Andererseits aber liegt es im Interesse Englands, diesen Gegensatz nicht allzu stark werden zu lassen, insbesondere zu verhindern, daß er sich zu blutigen Kämpfen zuspitzt.

Mit dem Ausscheiden Großbritanniens aber würde diese höchste unparteiische Ausgleichs-Instanz verschwinden. Niemand wäre mehr da, einen Religionskrieg zu verhindern, dessen Ziel die völlige Unterdrückung der anderen Religionsgemeinschaft sein würde.

Von nationalistischer Seite aus wird, wie gesagt, bestritten, daß eine solche Gefahr besteht, und alles auf die Machenschaften der Engländer geschoben. Aber ich fürchte, daß sich die indischen Intellektuellen wie in vielem andern, so auch in diesem Punkte einer bösen Täuschung hingeben. Man braucht nur einmal die Stärke des religiösen Gefühls in Indien erlebt zu haben, und dann die beiderseitigen Kulte, ja nur die beiderseitigen Gotteshäuser in ihrer fundamentalen Verschiedenheit zu werten, um zu erkennen, daß es zwischen Hinduismus und Islam keine Brücke gibt.

Der Islam hat gerade in seinen indischen Moscheen den reinsten Ausdruck seines Glaubens zu dem einen alleinigen Gott geschaffen. Die Perlmuschel in Agra, die Suma Masjid in Delhi sind der reinste, vergeistigste Ausdruck des Monotheismus, den es vielleicht auf der ganzen Welt gibt. Am Freitag Iniet in ihren Marmorschöfen eine nach Tausenden und Zehntausenden zählende Menge in schweigendem Gebet.

Diesen Gotteshäusern gegenüber wirken die Hindutempel wie ein schauerlicher Dämonsput. Aufgebaut aus Millionen von Tränen, teilweise in obszönen Darstellungen, Tierfiguren im schauerlich mystischen Innern der Tempel, heilige Kühe und Affen zwischen den Betenden. Ein lärmender Kult unter dröhnender Musikbegleitung. Dies alles muß dem streng monotheistischen Mohammedaner als der greulichste, gotteslästerlichste Götzendienst erscheinen.

Es bedarf einer sehr klugen, sehr starken Hand, diese Gegensätze gegeneinander auszuspielen, aber auch ihren entscheidenden Zusammenprall zu verhindern. Fehlt diese Hand, so ist die Möglichkeit eines erbitterten Religionskrieges in einer religionsmüden Zeit gegeben, zumal die 65 Millionen Mohammedaner fürchten müssen, in einem selbständigen Indien von den 250 Millionen Hindus hoffnungslos unterdrückt zu werden, falls sie sich nicht rechtzeitig zur Wehr setzen.

(Weitere Berichte folgen.)

## Basil Sacharoff in brennender Wohnung

Paris, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

In der Pariser Stadtwohnung Sir Basil Sacharoffs, des geheimnisvollen Kanonenkönigs der Wikerswerke, ist heute ein schwerer Brand ausgebrochen. Das Feuer hatte seinen Ursprung in einem Kurzschluß im Schlafzimmer Sir Basil Sacharoffs. In wenigen Augenblicken stand das ganze Zimmer in Brand. Sir Basil, der in dem Stodwerk darunter gerade frühstückte, merkte den Brand als erster und alarmierte die Dienerschaft. Inzwischen aber hatte das Feuer schon auf die Bibliothek übergegriffen. Die Feuerwehr mußte über eine Stunde schwer arbeiten, um den Brand zu löschen.

Der Materialschaden ist recht beträchtlich. Man befürchtet, daß ein großer Teil der sehr wertvollen Bibliothek verloren ist. Sir Basil Sacharoff selbst, der sich in den letzten Tagen stark unwohl fühlte, ließ sich in ein benachbartes Hotel bringen, wo er sich sofort ins Bett legte. Die Aufregung hat den achtzigjährigen Greis stark angegriffen.

## Rußlanddeutsche nach Paraguay

Hamburg, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Mit dem Dampfer „General Belgrano“ traten heute weitere 350 Deutsch-Russen die Reise nach Südamerika an. Es handelt sich um Flüchtlinge aus dem Lager Molln, die zunächst nach Buenos Aires fahren werden. Von hier aus wird sie dann ein Sonderdampfer nach ihrer zukünftigen Heimat Paraguay bringen.

## Roggenfibel in den Schulen

Im Rahmen der Propaganda für den Mehrverbrauch von Roggen ist vom Preussischen Landwirtschaftsminister eine Roggenfibel herausgegeben worden. Nach einem Erlaß des Preussischen Unterrichtsministers sollen an den Schulen 600 000 Exemplare der Roggenfibel verteilt werden.

# Frankreichs Ostergeschenk

## Ermäßigung der Steuern

Paris, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Der französische Steuerzahler ist beneidenswert. Während in Deutschland und England die Parlamente nicht in die Ferien gehen durften, ohne zuvor die Mittel zur Deckung laufender Budgetdefizits bewilligt und ihren Wählern neue in die Hunderte von Millionen gehende Lasten aufgebürdet zu haben, konnte die französische Regierung dem Lande eine freudige Osterüberraschung in Gestalt einer neuen Steuerentlastung bescherehen, die dritte innerhalb eines Jahres.

Die von Poincaré mit der Währungsstabilisierung inaugurierte, von Chéron fortgesetzte Thesaurierungspolitik hatte den Fiskus mit Einnahmen dotiert, die weit über den tatsächlichen Bedarf des Staatshaushalts hinausgingen. Mehrere Jahre hindurch hatten die Einnahmen aus den Steuern die Ausgaben jeweils um mehrere Milliarden Franken überstiegen mit dem Erfolg, daß der französische Staat nicht nur über das gesetzlich vorgeschriebene Maß seine Schulden tilgen konnte, sondern daß darüber hinaus dem Schatzamt eine neue Reserve in Höhe von über 20 Milliarden, gleich der Hälfte eines Jahresbudgets, verblieb.

Die Rehrseite der Medaille war weniger erfreulich. Während der Fiskus im Gelde schwamm und der damalige Finanzminister Chéron täglich neue Listen erfinden mußte, um die wachsenden Ueberschüsse zu verstecken, senkte die Wirtschaft unter nachgerade unerträglich gewordenem Steuerdruck, der die Produktion droffelte, die Börse paralytierte und schließlich zu einer ernststen Gefahr für die Prosperität des Landes wurde.

Schon im Sommer des vergangenen Jahres mußte sich deshalb das damalige Kabinett Briand zu einer erstmaligen Lockerung der Steuerhülle entschließen.

Der Abbau hielt sich jedoch in bescheidenen Grenzen, und erst als Chérons Widerstand gegen weitere Steuerermäßigungen das erste von Tardieu gebildete Ministerium zu Fall gebracht hatte, entschloß sich das neue Kabinett, das Ventil etwas weiter zu öffnen. Einem zweiten im Winter eingebrachten und angenommenen Gesetz zur Senkung der drückendsten Abgaben ist heute eine dritte Novelle gefolgt. Sie bringt Steuerentlastungen in Höhe von 1,9 Milliarden Franken. Die beiden früheren Novellen hatten die Steuerlast bereits um insgesamt 3,5 Milliarden ermäßigt, so daß der französische Steuerzahler innerhalb eines Jahres die von ihm aufzubringenden Steuern und Abgaben um nicht weniger als 5,4 Milliarden Franken, das sind mehr als 10 v. H. des Gesamtaufkommens, verringert sieht.

Der einzige Einwand, der gegen diese Finanzreform erhoben wird, ist der, daß der Steuerabbau nicht systematisch erfolgt ist, sondern sich ziemlich wahllos auf eine Vielzahl der heterogensten Steuern und Abgaben erstreckt, und so durch allzu große Zersplitterung um einen großen Teil der beabsichtigten Wirkung gebracht wird.

Diesmal sind es in erster Linie die Borsen- und Kapitalertragssteuern sowie gewisse Abgaben, die im Interesse der Förderung und Wiederbelebung von Handel und Kapitalverkehr abgebaut werden sollen. Im einzelnen sieht der Gesetzesentwurf vor:

Die Herabsetzung der Kapitalertragssteuer (Kuponsteuer) für die französischen Werte und die einem besonderen Stempel unterliegenden ausländischen Werte von 18 auf 16 v. H., für die nicht-stempelpflichtigen ausländischen Werte von 25 auf 18 v. H., der sogenannten Besitzwechselabgabe (Transmissionssteuer) für Inhaberpapier von 0,4 auf 0,25 v. H., für Namenspapiere von 0,84 auf 0,40 v. H.

Die Entlastung ist sehr viel beträchtlicher, als es nach diesen verhältnismäßig unscheinbaren Ziffern den Anschein hat. Durch das Zusammenwirken von Coupon- und Transmissionssteuer war bisher der Kapitaletrag eines dreiprozentigen Papiers, das einmal im Jahre den Besitzer wechselte, mit 29,33 v. H., eines vierprozentigen Papiers mit 28 v. H. belastet. Künftig beträgt die Belastung nur noch 25,33 bzw. 22,25 v. H.

Auch die Borsensteuer im eigentlichen Sinne erfährt eine beträchtliche Ermäßigung. So wird der Stempel für Termingeschäfte von 1 v. H. auf 0,5 v. H., der für Reportgeschäfte von 0,5 auf 0,1 v. H. herabgesetzt.

Handel und Verkehr erhalten ein Geschenk von rund 500 Millionen Franken in Gestalt einer weitgehenden Reduktion der Zugssteuer. Diese wird für Automobile, Pelze, Edelsteine, Gold- und Silberwaren sowie für Parfümerien von 12 auf 6 v. H., für andere Zugartikel von 6 auf 3 v. H., für Hotelrechnungen von 10 auf 6 v. H. reduziert. Herabgesetzt werden ferner die Umsatzsteuer für Nahrungsmittel von 2 auf 0,55 v. H., sowie die Abgaben vom Grundbesitz von 18 auf 16 v. H.

Alles in allem ein schönes Bulet von Steuervorlagen mit negativem Vorzeichen! Die Börse hat darauf heute bereits trotz der bevorstehenden vier Feiertage mit einer bemerkenswerten Aufwärtsbewegung für nahezu alle französischen Werte reagiert. Es ist anzunehmen, daß von dieser Pause auch Tardiens Prestige und Popularität im Lande profitieren wird.

L. St.

## Die Kammer muß „nachsitzen“

Paris, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Die französische Kammer, die durch die wiederholten Ministerkrisen mit ihrem Arbeitsprogramm weit im Rückstand geblieben ist, wird in diesem Jahr ihrer Osterferien nicht froh werden können. Im Gegensatz zu der geplanten Beurlaubung der Kammer vom 19. April bis zum 1. Juni hat die Konferenz der Fraktionsvorsitze und Kommissionspräsidenten heute beschlossen, daß die Kammer mit Ausnahme der beiden Osterfeiertage selbst so lange ihre Arbeiten fortsetzen müsse, bis die Gesetzesvorlagen über die Sozialversicherung und über die Steuerermäßigungen erledigt sind. Die Kammer wird also „nachsitzen“ müssen.

## Flottenprotokoll fertiggestellt

London, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Juristen und Sachverständigen der Flottenkonferenz, die während der letzten Tage ununterbrochen gearbeitet haben, haben den Flottenvertrag fertiggestellt. Die einzelnen Delegationen werden nunmehr die Teile des Vertrages, die sie für besonders wichtig halten, ihren Regierungen übermitteln.

Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob die im Dreimächtevertrag enthaltene Sicherheitsklausel, wonach England im Falle eines beschleunigten Bauprogramms kontinentaler Mächte auch seinerseits das Bauprogramm über die im Vertrag festgesetzte Schiffszahl hinaus steigern könne, auch auf die kombinierte französisch-italienische Flotte anwendbar sei, erwiderte Snowden, daß die betreffende Klausel nicht gegen eine bestimmte Flotte oder gegen eine Kombination von Flotten gerichtet sei.

Der Marineminister lehnte es ab, Auskunft darüber zu geben, ob England nach Abschluß des Vertrages mit dem Bau der Flottenbasis in Singapore fortfahren werde.

Melbourne, 16. April. (W. T. B.)

Die australische Regierung hat angeordnet, den Landesverteidigungsetat um mindestens 500 000 Pfund Sterling herabzusetzen. Die Hälfte dieser Summe soll auf die Flotte, die andere Hälfte auf das Heer und die Luftwaffe entfallen.

## Italienische Dreibundpläne

Genf, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Der vor einigen Tagen von der italienischen Kammer ratifizierte österreichisch-italienische Freundschaftsvertrag soll, wie das hiesige sozialistische Blatt „Le Travail“ behauptet, mehrere geheime Klauseln enthalten. Einige von diesen geheimen Paragraphen enthielten angeblich Bestimmungen über die eventuelle Wiederherstellung des alten Dreibundes mit Deutschland. Das genannte Blatt hat vor einigen Wochen bereits einmal eine Mitteilung veröffentlicht, wonach Mussolini diplomatische Schritte zur Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien unternommen habe. Die heutige Meldung erregt deshalb hier ein nicht unbeträchtliches Aufsehen.

## König Boris begnadigt

Sofia, 16. April | Ullstein-Nachrichtendienst

König Boris hat anlässlich der Osterfeiertage 380 Häftlinge begnadigt. 87 wurden sofort auf freien Fuß gesetzt, den übrigen ein Teil der Strafe erlassen. Die politischen Gefangenen der Sozialer Gefängnisse haben die Begnadigung zurückgewiesen, da sie eine allgemeine Amnestie fordern.

## Moskau bucht einen Erfolg

Moskau, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Unterzeichnung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen England und Rußland wird in Moskau als ein Ergebnis von hervorragender Bedeutung gewertet, und zwar nicht nur, weil durch diesen Vertrag nach Wiederaufnahme der Beziehungen zu England der Weg zu einem endgültigen Handelsvertrag geebnet ist.

Die politische Bedeutung des Abkommens wird vielmehr darin gesehen, daß er trotz aller Widerstände in England selbst gerade zu einem Zeitpunkt unterzeichnet wurde, wo die politische und wirtschaftliche Abneigung gegen die Sowjetunion in England und in anderen Staaten wieder einmal besonders lebhaft und laut geworden ist.

Als besonders wichtig für die Entwicklung der beiderseitigen Handelsbeziehungen wird die Abmachung angesehen, daß keine besonderen Beschränkungen in der Kreditierung gegenüber der Sowjetunion Platz greifen sollen.

## Hindernisse für Danzig

Genf, 17. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hält seine Apriltagung, die 48. Session seit seinem Bestehen, vom 24. bis zum 28. April in Paris ab. Auf der ziemlich umfangreichen Tagesordnung dieser Tagung steht u. a. das Gesuch der freien Stadt Danzig um Aufnahme in die internationale Arbeitsorganisation. Das Gesuch wird damit begründet, daß Danzig ein selbständiges industrielles Gemeinwesen von 400 000 Einwohnern darstellt, das eine sehr entwickelte soziale Gesetzgebung besitzt.

Der Aufnahme stellen sich aber eine Reihe juristischer Schwierigkeiten entgegen infolge der besonderen politischen Stellung Danzigs, die der Versailler Vertrag festgelegt hat und sich aus verschiedenen Verträgen zwischen Danzig und Polen sowie einer Anzahl von Beschlüssen des Völkerbundes ergibt. Mit dieser Frage wird sich der Verwaltungsrat in seiner Tagung nächste Woche zu beschäftigen haben.

Ferner sind jetzt acht von den internationalen Arbeitskonventionen zehn Jahre in Kraft und können einer Revision unterzogen werden. Dazu gehört auch das berühmte Washingtoner Abkommen über die achtstündige Arbeitszeit. — Auf der Tagung in Paris soll auch die Feier des zehnjährigen Bestehens des Internationalen Arbeitsamtes stattfinden.

## Einwanderungs-Beschränkung in Kanada

Eine Reutermeldung aus Ottawa besagt, daß Kanada in diesem Jahr die Einwanderung voraussichtlich um 50 v. H. einschränken werde, entsprechend der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes. Es sollen nur 90 000 Einwanderer zugelassen werden, davon die meisten aus England. Die Zahl der mitteleuropäischen Landarbeiter, die im Vorjahre 11 000, im Jahre 1928 sogar 34 000 betrug, wird auf 8000 herabgesetzt.